

Fach-/Bereichsleitende

Annegret Lauffer

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.05.2023

- 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 4 Informationen des Jugendamtes

- 4.1 Information zum Modellprojekt "Poollösung zur Schülernessistenz"

- 4.2 aktueller Sachstand PLUS-Projekte

- 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 7.1 Neufassung der Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Stadtordnung)
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit 23/SVV/0509

- 7.2 Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0533

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 7.3 | Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport</i> | 23/SVV/0537 |
| 8 | Sonstiges | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.05.2023

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **13 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er schlägt zur Tagesordnung vor, dass die Tagesordnungspunkte 3 „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“, 4.1 „Information zum Modellprojekt „Poollösung zur Schulassistenz“, 5 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII“, 6 „Bericht des Kita-Elternbeirates“, 7.3 „Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026“ sowie 8 „Sonstiges“ zurückgestellt werden. Frau Frenkler plädiert dafür die Tagesordnungspunkte 3 und 4.1 beizubehalten.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 25.05.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Stimmenthaltung:

3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass der Kreisschülerrat am 08.06.2023 tagte. Dort gab es einen Erfahrungsaustausch hinsichtlich der psychischen Gesundheit an Schulen. Es gebe vermehrt rassistische Vorfälle sowie Gewalt zwischen Schüler*innen.

Frau Schultheiss ergänzt, dass die Sitzung des Kreisschülerrates mit der Zustimmung der Beteiligten aufgezeichnet und verschriftlicht wurde und in zwei Wochen dem Bildungsminister vorgelegt werden soll. Die psychischen Belastungen der Schüler*innen an Schulen sei sehr hoch. Auch die Landeshauptstadt Potsdam müsse prüfen, welchen Beitrag sie hier leisten könne. Die Schulsozialarbeit sei ein wichtiger Baustein, könne aber nicht alles auffangen. Auch die Fachstelle für seelische Gesundheit sei ein wichtiger Schritt. Es brauche mehr professionelle therapeutische Hilfen sowie Supervisionen für Fachkräfte.

Herr Pfeiffer fragt nach, ob es sich auch um Übergriffe von Lehrer*innen auf Schüler*innen, also einen institutionellen Kinderschutzfall handle, was Frau Schultheiss bejaht.

Frau Tietz schlägt vor das Thema seelische Gesundheit als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu behandeln. Herr Reimann spricht sich für einen Tagesordnungspunkt Ende des Jahres aus und bittet vorab um Rückmeldungen dazu.

Herr Bulgrin informiert, dass der Kreisschülerrat ebenfalls in zwei Wochen einen Antrag auf Änderung der Benotung in den Fächern Kunst, Musik und Sport beim Bildungsministerium einreichen werde.

Herr Bulgrin fragt, ob Sitzgelegenheiten am Alten Markt sowie auf dem Steubenplatz geschaffen werden können. Herr Reimann kann dazu keine verbindliche Antwort geben. Herr Pfeiffer wird den Geschäftsbereich 4 bitten eine Antwort nachzureichen.

Herr Bulgrin fragt nach dem Stand der Abstimmung über die Beifügung zur Prüfung der Auswirkungen aller Anträge auf Kinder und Jugendliche. Herr Reimann informiert, dass die Verwaltung dazu aufgefordert sei, bei jedem Antrag die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche zu benennen. Frau Dr. Müller fügt hinzu, dass noch nicht festgelegt wurde, zu wann diese Beifügung wirken soll. Herr Pfeiffer merkt an, dass hierfür das Stadtverordnetenbüro zuständig sei und eine Änderung bisher aufgrund der Umstellung des Ratsinformationssystems noch nicht erfolgen konnte, jedoch auf den Weg gebracht wurde. Herr Pfeiffer wird im September über den Sachstand berichten.

Herr Reimann bittet darum Fragen des Kreisschülerrates künftig zwei Wochen vor der Sitzung des JHA zuzusenden, damit die Verwaltung verbindliche Antworten geben kann.

4 Informationen des Jugendamtes

4.1 Information zum Modellprojekt "Poollösung zur Schulassistenz"

Frau Dr. Haase, Bildungsplanerin der Landeshauptstadt Potsdam, stellt zum Projekt vor.

Die Poollösung zur Schulassistenz stelle eine wichtige Präventionsressource dar. Der Bereich Hort konnte bisher nicht eingebunden werden, die Einbindung solle aber mit der geplanten Ausweitung ab dem Schuljahr 2025/26 nachgeholt werden. Am 21.06.2023 finde die Auftaktkonferenz mit den Schulen statt.

Frau Dr. Haase informiert auf die Nachfrage von Frau Frenkler darüber, dass es eine öffentliche Ausschreibung für die Leistungen geben werde.

Frau Tietz bittet darum weiter regelmäßig über den Sachstand informiert zu werden.

Herr Otto fragt, welche Voraussetzungen eine Schulassistenz erfüllen müsse, woraufhin Frau Dr. Haase antwortet, dass ein starker Fachkräftemangel in diesem Bereich vorherrscht, jedoch das Fachkräftegebot gelte und mit Hilfe der Poollösung dazu beigetragen werden soll, mehr Standards und Qualifizierung zu gewährleisten. Darüber hinaus seien die Schulen dazu aufgefordert als multiprofessionelles Team zusammenzuarbeiten.

4.2 aktueller Sachstand PLUS-Projekte

Herr Pfeiffer berichtet über den Sachstand zu den PLUS-Projekten für das Schuljahr 2023/24:

34 Potsdamer Schulen haben einen Antrag gestellt, davon 17 Grund- und Förderschulen sowie 17 weiterführende Schule; insgesamt wurden 39 Projekte beantragt. Es sei eine rückgehende Antragstellung im Vergleich zu den Vorjahren unter anderem wegen haushalterisch bedingter Änderungen der Antragsvoraussetzungen zu verzeichnen. Möglich seien derzeit maximal 5 Plus-Projekte pro Träger, 1 Projekt pro Schule. Das wurde mit den Trägern besprochen und von ihnen akzeptiert. Die Verwaltung hoffe dennoch der Vielfalt der Angebote gerecht zu werden. Die Gesamtkosten für die Projekte liegen bei 284.000€

Herr Reimann fragt nach, was mit den übrigen Mitteln geschehe, da das Antragsvolumen 350.000 € vorsehe. Herr Pfeiffer antwortet, dass die nicht verausgabten Mittel hoffentlich auf das nächste Jahr übertragen werden können, aber in der haushaltslosen Zeit keine verbindlichen Aussagen getroffen werden können.

Frau Tietz fragt, ob die Stadtverwaltung Änderungen des Antragsverfahrens plane, da es immer wieder zu Unstimmigkeiten bei der Antragsstellung komme. Herr Pfeiffer berichtet, dass aktuell keine Änderungen geplant seien.

Frau Parthum merkt an, dass die maximalen Gelder pro Projekt aufgrund steigender Honorar-, Personal- und weiterer Kosten nicht mehr ausreichen würden. Sie fragt, ob eine Erhöhung möglich sei. Herr Pfeiffer wird die Beantwortung der Frage nachreichen.

Herr Reimann möchte wissen, ob es einen Kriterienkatalog gebe, damit die Träger leichter an Gelder kommen können. Herr Pfeiffer reicht die Beantwortung der Frage nach.

Frau Schultheiss plädiert für eine feste Antrags- und Evaluationsstruktur und dafür, dass auch Träger Anträge stellen dürfen.

Herr Reimann schlägt vor diesen Tagesordnungspunkt in der AG Jugendförderung aufzugreifen, um unter anderem gemeinsam einen Kriterienkatalog zu erstellen, dem alle Mitglieder zustimmen. Frau Tietz merkt dazu an, dass für diese Erstellung weitere Teilnehmer*innen für die AG-Sitzung benötigt werden.

5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

7.1 Neufassung der Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Stadtordnung)

23/SVV/0509
geändert beschlossen

Herr Reimann bringt die Beschlussvorlage ein. Eine Teilnahme des zuständigen Fachbereiches Ordnung und Sicherheit ist aufgrund von Terminkollisionen mit anderen Ausschüssen nicht möglich.

Es wird eine Diskussion darüber geführt, ob der Paragraph 4.1 dahingehend verändert wird,

dass das Baden in Brunnen, nicht aber in Wasserspielen untersagt wird oder ob der Paragraph komplett gestrichen werden sollte.

Herr Otto ist der Meinung, dass es nicht zu viele Regeln und Verbote geben sollte. Herr Ströber entgegnet, dass bei einer kompletten Streichung des Paragraphen die Stadt ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommen würde. Brunnen können tatsächlich Gefahrenquellen darstellen. Frau Parthum merkt an, dass bei Hitze die Möglichkeit einer Abkühlung zum Beispiel durch das Baden der Füße in Wasserspielen für die Menschen wichtig sei.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Anlage „Stadtordnung Neufassung“ der Drucksache zur Abstimmung:

1. Die Punkte 4.1 und 8.i werden komplett gestrichen.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**

2. In den Punkten 4.1 und 8.i werden Wasserspiele und Springbrunnen gestrichen.

§ 4 Verunreinigungsverbot

(1) Das Baden in ~~Brunnen, Wasserspielen~~ und **Becken** ist untersagt.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

i) entgegen § 4 Abs. 1 oder § 5 Abs. 5 in Brunnen, Wasserspielen oder **Becken** ~~badet~~ ~~oder~~ sein mitgeführtes Tier sich dort aufhalten lässt,

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

Abschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Neufassung der Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Stadtordnung) gemäß Anlage.

...

Anlage „Stadtordnung Neufassung“:

§ 4 Verunreinigungsverbot

(1) Das Baden in ~~Brunnen, Wasserspielen~~ und **Becken** ist untersagt.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

i) entgegen § 4 Abs. 1 oder § 5 Abs. 5 in Brunnen, Wasserspielen oder **Becken** ~~badet~~ ~~oder~~ sein mitgeführtes Tier sich dort aufhalten lässt,

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

7.2 Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten

23/SVV/0533
geändert beschlossen

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein. Sie informiert, dass es in Potsdam West drei Sport- und Spielflächen gebe, zu deren Erhalt eine Machbarkeitsstudie beauftragt werden soll. Seit 2005 gebe es schon einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Erhalt von Sportstätten. Der Gegenstand der Antragstellung finde sich auch im Konzept zur kinderfreundlichen Kommune und stelle ein dringendes Anliegen dar. Frau Dr. Müller schlägt die Änderung der Formulierung „räumliche Nähe“ zu „im Sozialraum“ vor.

Frau Schultheiss weist darauf hin, dass die Stadt Kinder und Jugendliche beteiligen müsse, wenn ihnen Freiflächen genommen werden. In einem solchen Fall müsse es eine Veranstaltung geben, um ihnen das Vorhaben zu erklären und zu informieren.

Frau Buhr fragt, ob es eine Ausgleichsfläche gibt. In der Stadt gebe es Festsetzungen wie viel Quadratmeter Spielfläche es pro bestimmter Anzahl von Kindern in einem Sozialraum geben muss. Sie fragt, ob das auch für Freiflächen gelte.

Frau Dr. Müller klärt auf, dass dieser Antrag als Grundsatzbeschluss gesehen werden sollte. Es handle sich um ein jugendpolitisches Anliegen, bei dem mit einem Antrag nicht alle Eventualitäten abgedeckt werden können. Die Klärung von Einzelheiten bei individuellen Fällen sei Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Tietz regt an einen Kriterienkatalog zu ergänzen, aber Frau Dr. Müller befürchtet, dass so zu viel Spielraum eingeräumt werde.

Herr Reimann stellt die Änderung der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

Abschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche vorhandenen und neu hinzukommenden Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dauerhaft gesichert und erhalten werden.

Wenn eine Umwandlung einer Fläche unabdingbar sein sollte, so ist diese vor weitergehender Planung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen. In diesem Fall ist zwingend eine Ersatzfläche **im Sozialraum** ~~in räumlicher Nähe~~ zur wegfallenden Fläche nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7.3 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

23/SVV/0537
vertagt

Die Beschlussvorlage wird bis zur Septembersitzung zurückgestellt, da zunächst noch die AG Jugendförderung zu dem Schriftstück vor der Sommerpause fachlich Bezug nehmen wolle.

Die Drucksache wird bis zur Septembersitzung zurückgestellt.

8 Sonstiges

Keine Themen zu behandeln.

Vorsitz:

Protokollführung:

Eva Thäle